

## Über Ursachen und die Auswirkungen

Wesley Clark, US-General, ehemaliger Oberbefehlshaber der NATO in Europa, 1999 auch Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte im Kosovokrieg, bestätigte vor dem Atlantikrat in Washington nach einem kürzlichen Besuch der Ukraine die generelle Auffassung der US-Administration, dass Russland gegenüber der Ukraine äußerst aggressive Schritte unternehmen würde, während die ukrainische Regierung völlig korrekt handle. Dass sich die USA seit über zwei Jahrzehnten mit allen Mitteln darum bemühen, die jahrhundertlang gewachsenen Verbindungen zwischen der Ukraine und Russland aufzubrechen, um geostrategisch in diesem Raum erfolgreich Fuß fassen zu können, ist wahrscheinlich in den Genen eines US-Militärs als ein völlig normales, weltmachtmäßiges Verhalten einbetoniert und somit jeder Kritik entzogen. Aber nicht immer war der 4-Sterne-General mit seiner Meinung so deckungsgleich mit der der US-Regierung. Am 2. März 2007 jedenfalls ließ er in einem Interview mit Amy Goodman von „democracy now“ nicht nur eine größere Distanz zu den Plänen und Vorhaben der US-Administration erkennen, sondern auch eine gewisse Skepsis, was die logische Nachvollziehbarkeit von kriegsauslösenden Entscheidungen betrifft. Wenige Tage nach dem 11. September 2001 hatte ihm nämlich einer seiner Generalskollegen eröffnet, dass sich die Bush Administration entschlossen hätte, neben dem Krieg in Afghanistan auch Krieg gegen den Irak zu führen. Zwar gäbe es keinen Zusammenhang zwischen Al Quaida und Saddam Hussein und somit tatsächlich keinen wirklichen Grund, so sagte der General, aber: „Sie haben einfach diese Entscheidung getroffen, Krieg mit dem Irak zu führen! Ich schätze mal, es ist so, dass wir nicht wissen, was wir wegen der Terroristen machen sollen. Aber wir haben ein gutes Militär und wir können Regierungen platt machen. Ich schätze, wenn das einzige Werkzeug, was man hat, ein Hammer ist, muss jedes Problem aussehen wie ein Nagel.“ Einige Wochen später erfuhr Clark vom selben General, dass die Pläne erweitert wurden. Innerhalb von fünf Jahren sollen nun sieben Länder ausgeschaltet werden, „angefangen mit dem Irak, dann Syrien, Libanon, Lybien, Somalia, Sudan und schlussendlich Iran.“

(Quelle: <https://www.youtube.com/watch?v=Or90bNvoDo4>).

Wegen des geplanten Irakkrieges stand Clark damals im Widerspruch zur Bush-Administration. So kritisierte er im September 2002 vor dem Streitkräfteausschuss des Repräsentantenhauses die Bush-Regierung nicht etwa, weil der Irakkrieg ein alle rechtlichen und menschlichen Normen verletzendes Kriegsverbrechen sein würde, sondern weil es keine Strategie für den Nachkriegs-Irak und die Stabilisierung der Region gäbe (Quelle: Wikipedia).

Das „Plattmachen“ von Regierungen und das „Ausschalten von Ländern“, von denen der Clarksche Gesprächspartner spricht, gehört, wenn ich das richtig deute, zu den Grundmustern amerikanischer Politik und zu den notwendigen Fähigkeiten des amerikanischen Militärs.

Dieses denkwürdige Interview, das Einblick erlaubt in die erschreckenden Gedankengänge US-amerikanischer Machthaber, fand ich übrigens bisher nirgendwo in unseren Leitmedien reflektiert. Auch unsere führenden Politiker lassen weder in Worten noch in ihren Entschlüssen erkennen, dass sie zu den Wissenden gehören. Heute, 14 Jahre später, muss sich nun die übrige Welt mit den Folgen dieser menschenverachtenden Politik auseinandersetzen. Das sind nicht nur 60 Millionen Flüchtlinge weltweit, es ist auch die Entwicklung eines sich massiv ausbreitenden islamistischen Terrors.

Über diese Europa überflutenden Flüchtlingsströme schrieb Vera Kämper am 18. Juni 2015 bei *Spiegel online*: „In Syrien herrscht Bürgerkrieg, im Irak ist der "Islamische Staat" (IS) auf dem Vormarsch, im Sudan herrscht ein korrupter Machthaber – und die Menschen fliehen“. Und weiter: „Die traurige Liste der Länder, aus denen die meisten Menschen fliehen, führt Syrien an. Damit löst das Bürgerkriegsland, in dem sich auch der IS weiter ausbreitet, Afghanistan ab, das seit mehr als drei Jahrzehnten den Spitzenplatz belegte. Syrien hingegen war vor drei Jahren noch nicht einmal unter den Top-30-Ländern gelistet - so schnell eskalierte die Krise unter Machthaber Baschar al-Assad. Rund 1,11 Millionen Menschen flohen vor Gewalt und Bedrohung aus Somalia. Damit kommen mehr als die Hälfte aller Vertriebenen aus nur drei Ländern.“

Einerseits macht mich das maßlose Elend fassungslos, das sich hinter diesen Zahlen verbirgt, andererseits ist es die unbegreifliche Ignoranz dieser Art von „Berichterstattung“, die sich leider nun bereits seit mehreren Jahren als eine von nahezu allen „Leitmedien“ praktizierte Methode eingebürgert hat. Gab es da mal nicht so etwas wie einen Pressekodex, der die wahrhaftige Unterrichtung der Öffentlichkeit als Basis und eine saubere, gründliche Recherche als ein unverzichtbares Instrument journalistischer Sorgfalt fordert? Kann es tatsächlich sein, dass ausgebildete Journalisten dieses Clark-Interview nicht zu finden in der Lage sind?

Es ist noch ein weiteres, diffiziles Problemfeld, das in diesen Themenbereich gehört, nämlich die Flüchtlingspolitik der europäischen Staaten. Niemand, nicht ein einziger der Großpolitiker, benennt die Ursachen für diesen immer weiter anwachsenden Flüchtlingsstrom, niemand den eigentlichen Verursacher und seine Vasallen. Er wird nur selten demaskiert. Meist bleibt er im Hintergrund. Er inszeniert Aktio-

nen, die gern mit phantasievollen Namen geschmückt werden, jedoch vor allem der Beseitigung der der US-amerikanischen Geopolitik kritisch gegenüberstehenden Regierungen dienen. Die Farb- oder Blumenrevolutionen, der arabische Frühling, aber auch der Euro-Maidan werden stets und unbedingt als eine revolutionäre Volksbewegung dargestellt, die sich gegen die herrschenden Tyrannen oder Despoten richtet. Anfangs mag tatsächlich Unzufriedenheit mit den politischen Zuständen im Lande die Menschen auf die Straße bringen, das ist wohl wahr, aber nirgendwo auf der Welt spielen am Ende eines solchen von außen geschürten Regime Change die Bevölkerung eines der betroffenen Länder noch irgend eine Rolle. Es gibt kein Szenario für die Zeit „danach“, da hatte General Clark mit seiner Kritik an dieser Art Kriegspolitik schon recht. Nie geht es dabei um die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen dort. Unsere führenden Politiker wissen das alle genau so wie ich und jeder denkende Mensch auf der Welt, denn die Informationen sind dank der digitalen Möglichkeiten leicht zu beschaffen. Aber niemand der europäischen Mächtigen wagt auch nur die Spur der Kritik an dieser Politik der großen Hegemonialmacht, die ursächlich für die verheerenden Folgen verantwortlich ist. Über die wirklichen Hintergründe herrscht offiziell eisernes Schweigen. Die Folgen aber sind von den Völkern zu bewältigen, die diese europäischen Politiker zu vertreten vorgeben.

Gerade streiten die Staatschefs über Quoten, wieviele Flüchtlinge ein Land, gemessen an der Einwohnerzahl, aufnehmen sollte. Obwohl wir in einer „Wertegemeinschaft“ verbunden sind, wie unsere Kanzlerin gern und oft betont, fühlen sich aber offensichtlich viele den gern zitierten Werten nicht verpflichtet, es sei denn, sie wären in Dollar oder Euro zu messen. Eigentlich, so meinte ich einst, müssten es menschliche Werte sein, aus dem Christentum entlehnt, wie Nächstenliebe etwa oder Barmherzigkeit und Hilfsbereitschaft. Dass sich unsere Politiker, trotz beschworener „Wertegemeinschaft“ nicht einigen können, ist skandalös und macht die gegenwärtige Politik in Europa ausgesprochen fragwürdig.

Und noch etwas ist dazu zu sagen. Es genügt nämlich nicht, die aus ihren Heimatländern durch die dort herrschenden lebensfeindlichen Bedingungen zur Flucht Gezwungenen irgendwo irgendwie unterzubringen. Ein Bett in einer nicht mehr genutzten Turnhalle, einem leerstehenden Einkaufszentrum oder einer alten Bundeswehrkaserne hilft möglicherweise für eine sehr kurze Zeit. Aber Flüchtlinge sind Menschen, soziale Wesen, keine Objekte, die man irgendwo abstellen kann. Es sind Menschen, denen diese von außen initiierten Kriege die Existenz genommen und ihr Leben bedroht haben. Sie sind traumatisiert, auch durch die Flucht selbst. Wo

sind die Programme für das „Danach“? Welche Möglichkeiten erhält denn ein syrischer Flüchtling, außer der, auf seinem Bett sitzen und sich drei mal täglich satt essen zu können? Was tun die Behörden der aufnehmenden Länder, damit sich da keine unkontrollierbaren Parallelgesellschaften entwickeln? Und eine weitere wichtige, aber nach meiner Meinung ebenso ungelöste Frage: Wie wird die eigene Bevölkerung darauf vorbereitet, mit Menschen aus einer anderen Kultur und mit völlig anderen Lebensweisen auf längere Zeit harmonisch zusammen zu leben?

All das sind gewaltige Aufgaben und ich weiß nicht, ob sie in ihrer ganzen Dimension bedacht werden und überhaupt bewältigt werden können. Ich weiß aber, dass wir diesen Aufgaben tatsächlich nicht gerecht werden können, wenn die Entwicklung so ungebremst weiter geht und es nicht gelingt, die Ursachen für die gegenwärtige immer weiter zunehmende Fluchtwelle zu beseitigen.

28. Juni 2015

veröffentlicht bei Ossietzky, 18/ 2015